

Geschichte der Wirtschafts-, und Währungsunion

Der Beginn eines langen Weges

Beginn eines Entwicklungs-Pfades: Gründung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion), verkündet durch Robert Schuman (franz. Außenminister) am 09.05. 1951

- 1945: Der 2. Wk. geht zu Ende: Wie kann eine Versöhnung und die Bewahrung des Friedens gelingen? Wie kann der gemeinsame Wiederaufbau funktionieren? USA und GB fordern Frankreich auf, das dt. – franz. Problem zu lösen.
- „Vereinigten Staaten von Europa“ werden nicht realisiert, stattdessen werden kleine, langwierige und wirtschaftliche Integrationschritte angedacht (siehe Monnet-Methode).
- Robert Schuman (Franz. Außenminister), Jean-Monnet (geistiger Vater) und Konrad Adenauer (dt. Bundeskanzler) als zentrale Figuren.
- Monnets Grundidee: für den Krieg und für den Wiederaufbau relevante Kohle- und Stahlindustrie wird von nationaler Souveränität entkoppelt; somit wird eine supranationale Organisation geschaffen.

Im Sinne der kleinen Schritte erfolgt mit dem Vertrag von Rom (1957) Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

Neue Absichten der europäischen Integration: An einem Gipfeltreffen in Den Haag (1969) geben die Staats- und Regierungschefs eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) als neues Ziel vor

- Der luxemburgische Ministerpräsident Pierre Werner erstellt einen mehrstufigen Zehn Jahres-Plan für die Schaffung einer vollständigen WWU und Währungsunion
- Ziele des „Werner-Planes“: (1) vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs; (2) uneingeschränkte Konvertierbarkeit der Währungen der MS; und (3) die unwiderrufliche Festlegung von Wechselkursen
- Pläne mit abruptem Ende: Mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods- Systems (ab 1970) und mit der Aufhebung der Dollar Parität (1971), setzt eine Welle der Instabilität an den int. Börsen ein. Die Parität zwischen den europäischen Währungen wird dadurch in Frage gestellt und das Projekt einer WWU kommt zu einem abrupten Stopp.

Neue Impulse und Krisen für die Wirtschaftsintegration

- Gipfeltreffen in Paris (1972): neuer Steuerungsmechanismus zum Zweck der Währungsstabilität
- „Schlange im Tunnel“: Schwankungen der einzelstaatlichen Währungen („Schlange“) sollen gegenüber dem Dollar („Tunnel“) innerhalb einer engen Spannbreite eingegrenzt werden; neun Mitglieder
- Die Schlange verliert ihre Mitglieder: Die Destabilisierung durch den Ölpreisschock (1973), die damit einhergehende Dollarschwäche und die Verschiedenheiten der Wirtschaftspolitik (der MS) führt zu einem Schwund der Mitglieder; eine „Region der dt. Mark“ verbleibt (Deutschland, Benelux-Staaten und Dänemark)

Wiederbelebung der weiterführenden Wirtschaftsintegration

1978 Gipfeltreffen in Brüssel

- Bemühungen erneut aufgenommen
- Konzept von festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen => WKM I (Wechselkursmechanismus), Wechselkurs beruhten auf Leitkursen gegenüber der Europäischen Währungseinheit oder ECU, die sich aus dem gewichteten Durchschnitt der EWS-Währungen ergab: Durch Flexibilisierung und politischen Willen zu wirtschaftlicher Konvergenz wurde Währungsstabilität erzielt

1985: Verabschiedung des Binnenmarktprogramms

- Potential des Binnenmarkts kann nicht vollständig ausgeschöpft werden aufgrund hoher Transaktionskosten bei Währungsumrechnungen und Unsicherheiten bei Wechselkursschwankungen

- Wirtschaftswissenschaftler verweisen auf „unmögliches Dreieck“: freier Kapitalverkehr, Wechselkursstabilität und unabhängige Währungspolitik sind langfristig nicht vereinbar

Der Delors-Bericht

1988 Europäischer Rat in Hannover: „Ausschuss zur Prüfung der Wirtschafts- und Währungsunion“ wird eingesetzt, Leitung: Jacques Delors

1989; Delors-Bericht: Vorschlag von konkreten Maßnahmen in drei Stufen

- bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik
- Haushaltsregeln zur Begrenzung der einzelstaatlichen Haushaltsdefizite
- Gründung einer unabhängigen Institution, die für die Währungspolitik der Union zuständig ist => Europäische Zentralbank (EZB)

Beschluss 1989 in Madrid: erste Stufe einleiten → Vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs bis 1.7.1990

Vertrag über die Europäische Union

Dezember 1989: Rat in Straßburg fordert Einberufung einer Regierungskonferenz; Ermittlung der erforderlichen Vertragsänderungen zur Verwirklichung der WWU. Ergebnis: Vertrag über die Europäische Union – Dezember 1991 formell zugestimmt, 1.11.1993 in Kraft. 3 Phasen:

1.7.1990 – 31.12.1993	1.1.1994 – 31.12.1998	Seit 1.1.1999
Festlegung des freien Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten	Konvergenz der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Mitgliedsstaaten, verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken Errichtung des Europäischen Währungsinstituts (EWI)	Umsetzung einer gemeinsamen Währungspolitik unter der Verantwortung des Eurosystems Schrittweise Einführung der Euro-Banknoten und -Münzen Verbindliche Haushaltsregeln, bei Nichteinhaltung → Strafmaßnahmen Eurosystem mit Währungspolitik für das Euro-Währungsgebiet betraut

- Alle EU-Mitgliedsstaaten stimmten mit dem Beitritt zu den Verträgen der Einführung des Euros zu. Es wurde allerdings keine Frist festgelegt und nicht alle Mitgliedsstaaten erfüllen die Konvergenzkriterien. Sonderregelung für Dänemark nimmt nicht am Stufe 3 teil.

Krisen und Krisenbewältigung

(1) 2009/2010 Staatsschuldenkrise im Euro-Raum:

- Die globale Finanzkrise, darauffolgende Wirtschaftskrise und die Staatsschuldenkrise im Euro-Währungsgebiet, prägten Jahre 2008-2012: langfristige Folgen für Wachstum haushaltspolitische Stabilität in der EU. Auswirkungen wurden durch die Schwächen im EU-Finanzsystem und vorhandene ungeeignete politische Instrumente sowie das bestehende unangemessene Umfeld für Aufsicht und die Regulierung, und unvollständige institutionelle Architektur des Euro- Währungsgebiets verstärkt.
- Durch die Krise: Schaffung eines dauerhaften Unterstützungsmechanismus für Mitgliedstaaten in einer Notlage Bedingungen:
 - Zwischenstaatlicher Vertrag
 - Stabilität des Euro-Währungsgebiets als Ganzes bedroht
 - Finanzielle Unterstützung an strenge Auflagen geknüpft

2012: Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)

- EZB-Präsident Mario Draghi: „im Rahmen unseres Mandats [...] die EZB bereit [ist], alles zu tun, um den Euro aufrechtzuerhalten“

- ➔ Schaffung des Instruments für den unbegrenzten Anleihekauf (Outright Monetary Transactions – OMT): EZB kann Staatsanleihen eines Mitgliedsstaats in einer Notlage aufkaufen; an strenge Auflagen geknüpft
- ➔ Einführung des Europäischen Semesters: Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) Einführung des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (MIP), Ziel: Ausbau der Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Mit zwischenstaatlichen Verträgen ergänzt: Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung (SKS-Vertrag oder „Fiskalpakt“) und Euro-Plus-Pakt
- ➔ Mitteilung der Kommission: „Ein Konzept für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion“, Ziel: Schaffung einer politischen Union
- ➔ „Bericht der vier Präsidenten“: keine substantiellen Änderungen

2015: Bericht „Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“ – von Präsidenten der Kommission, Europäischen Rat, Euro-Gruppe, EZB und Europäisches Parlament = „Bericht der fünf Präsidenten“

- ➔ Reformplan in drei Stufen: echte Wirtschafts-, Finanz- und Fiskalunion sowie eine politische Union bis spätestens 2025 vollenden: Dafür ist substantielle EU-Vertragsänderung notwendig

(2) COVID-19 und Ausblick in die Zukunft

Ab 2020: Durch COVID-19 ausgelöste Wirtschaftskrise

- ➔ Rat aktivierte im März 2020 die allgemeine Ausweichklausel des SWP: Staatsverschuldung kann innerhalb eines begrenzten Zeitraums erhöht werden
- ➔ Pandemie-Notfallkaufprogramm (PEPP) der EZB: Erwerb von Staatsanleihen in großem Umfang an Sekundärmärkten
- ➔ 2021 Herbst: Wirtschaft erholt sich schneller als gedacht, Inflation steigt schneller als gedacht; Diskussion über vorsichtige Rückführung der monetären Lockerung ab 2022 und mittelfristige Zinserhöhungen
- ➔ 2021 Sommer: EZB führt Strategieüberprüfung durch
- ➔ Mittelfristiges Inflationsziel von 2 %, vorübergehende Überschreitung zulässig
- ➔ Klimawandel soll bei Entscheidungen des Eurosystems berücksichtigt werden

Literatur

Schreiner, Christian (2021): Die Geschichte der Wirtschafts-, und Währungsunion, [online] <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/79/die-geschichte-der-wirtschafts-und-waehrungsunion> [06.06.2022].

Eger, T., & Wagener, H.-J. (2014). § 3 Die wirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen der europäischen Integration. In A. Hatje & P.-C. Müller-Graff (Hrsg.), Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht (S. 113–162). Nomos. https://doi.org/10.5771/9783845258317_113

Marhold, H. (2022, Mai 3). Wie Europas Gemeinschaft ihren Anfang nahm. EU-Lehrgang, Wien.